Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Vollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 200 | — Erscheint wöchentlich 5 mal. — Bezugspreis: Million Mark freibleibend. — — Einzelnummer 150000 Mark. — — | Halver Mittwoch, den 10. Oktober 1923 | — Anzeigenpreis nach Grundpreisen und Schlüsselzahl. — Anzeigenpreis pro mm 40 Mk., Anzeigen für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 60 Mk; Reklamen 100 Mk. — Schlüsselzahl z. Zt. 100000. — Grundpreis mal Schlüsselzahl ergibt den Millimeterpreis. | 23. Jahrgang

Aussprache im Reichstag über die Kanzlerrede.

(356. Sitzung.) CB. Berlin, 8. Oktober 1923.

Vor sehr stark besetztem Hause begann heute mittag im Reichstage die politische Aussprache über die Rede Dr. Stresemanns vom vorigen Sonnabend. Damit verbunden wurde die Debatte über die kommunistischen und deutschnationalen Anträge, betreffend den Ausnahmezustand. Abg. Breitscheid (Soz.) stellte fest, daß das Parlament noch niemals in einer so unverantwortlichen Weise mit einer Krisis überfallen worden sei wie in der vorigen Woche.

über den passiven Widerstand

sagte er, daß man dessen Abbruch billigen müsse, denn man habe mit Entsetzen gehört, daß die Finanzierung dieses Widerstandes in der vorigen Woche 7000 Billionen gekostet habe. Das Kabinett Cuno habe in dieser Hinsicht eine Illusionspolitik getrieben. Die Einleitung des passiven Widerstandes sei zwar berechtigt und notwendig gewesen, aber dann habe das Kabinett Cuno die Hände in den Schoß gelegt, und den günstigsten Moment zu Verhandlungen habe man unter der Einwirkung gewisser Kreise vorübergehen lassen. Allgemein bekannt sei eine gewisse

Demoralisierung im Ruhrgebiet.

Der Redner wandte sich dann scharf gegen die Politik der Deutschnationalen und gegen die Geheimdiplomatie, die bei uns angeblich noch bestehe. Vor allem verlangte er Aufklärung darüber, ob England uns jemals den Rat zur Aufgabe des passiven Widerstandes gegeben habe. Die Separatistenbewegung im Rheinlande mißbillige er auf das schärfste, verlangte aber andererseits, daß die Regierung jetzt nichts unversucht lasse, um zu einer direkten Verständigung mit Frankreich zu kommen. Der Küstriner Putsch sei nur eine Episode in einer groß angelegten Bewegung. Die Reichswehr habe sich bewährt, man müsse aber vom Reichswehrminister verlangen, daß er die Pressebeschränkungen in bezug auf Unruhenachrichten wieder aufhebe. In Bayern, so sagte der Redner, sei einstweilen der schwarzweißrote Teufel durch den weißblauen Beelzebub ausgetrieben worden. Die Reichsregierung dürfe dem unvermeidlichen Konflikt mit Bayern nicht ausweichen. Über das Ermächtigungsgesetz sagte Dr. Breitscheid, daß seine Fraktion ihm nur unter der Voraussetzung zustimmen konnte, daß Vertreter der Parteien in der Regierung die Durchführung dieses Gesetzes überwachen können. In bezug auf den

Achtstundentag

sei von den Bergbauunternehmern im Ruhrgebiet jetzt eine offenkundige Gesetzesverletzung begangen, indem sie auf eigene Faust den Achtstundentag aufheben wollten. Der Reichskanzler müsse gegen die Feinde in seinem eigenen Lager hart werden. Die Sozialdemokratie sei nach schwerem inneren Kampfe wieder in die Regierung eingetreten und hoffe, daß dieses Experiment nicht scheitern werde.

Abg. Dr. Bell (Zentr.) erklärte, daß man das parlamentarische System nicht für bedauerliche Fehler in der Handhabung dieses Systems verantwortlich machen dürfe. Er bedauerte die Vorgänge, die zur Verhängung des Ausnahmezustandes geführt haben, erklärte aber diese Verhängung für notwendig. Die Zurückhaltung, die sich der Reichskanzler gegenüber Bayern auferlegt hat, begrüßte er und betonte, daß wir auch in kultureller Hinsicht der berechtigten Eigenart Bayerns Rechnung tragen müssen. Durch das

Ermächtigungsgesetz

soll das Parlament keineswegs ausgeschaltet werden. Weder eine Diktatur noch eine verfassungsmäßige Ausschaltung dürfe man sich gefallen lassen. Das sei aber auch gar nicht der Sinn dieses Gesetzes. Am Aufblühen der Wirtschaft, auch der Großindustrie, hätten alle Volkskreise Interesse, aber man müsse erwarten, daß auch in der Großindustrie der Gedanke des Gemeinwohls stärker in die Erscheinung trete. Der Redner stimmte dann den Ausführungen des Reichskanzlers über die Notwendigkeit der Aufhebung des passiven Widerstandes zu und meinte, die neue Dolchstoßlegende werde wohl endlich erledigt sein. An Frankreich müsse man die Frage richten, was Deutschland denn noch tun solle, um seinen Verständigungswillen zu beweisen. Deutschland sei zu Verhandlungen bereit und rechne nicht auf die Rivalität unter den Alliierten.

Wir Rheinländer sind treue Deutsche,

sagte der Redner, und werden es bleiben, aber wir erwarten Verständnis für unsere Eigenart, für unsere freiheitliche Gesinnung. Wir erwarten, daß die Regierung keine Gelegenheit versäumt, um zur Verständigung mit den Gegnern zu kommen. Wir wenden uns energisch gegen die Unkenrufe, man solle das Rheinland seinem Schicksal überlassen. Diesen Unkenruf soll der Ruf des ganzen deutschen Volkes entgegenschallen: „Wir wollen und werden das Rheinland niemals im Stich lassen!"

Abg. Graf Westarp (deutschnat.) begrüßte das neue Kabinett mit dem Zitat: „Ihr naht euch wieder, schwankende Gestalten", und fuhr fort, die Verhandlungen der letzten Wochen seien von schwankenden Protesten und komischen Gestalten geführt worden. Sie forderten Hohn und Spott, Scham und Empörung heraus. Draußen vor den Toren stehe der Feind (Zuruf: „In Küstrin!") und hier werde tagelang über die Zusammenstellung der Regierung verhandelt.

Der Parlamentarismus habe versagt, und diese Große Koalition werde nicht lange halten.

Solche Stöße, wie die letzten, würden nicht ohne tiefe Wirkung bleiben. Die Koalition werde an der Frage scheitern, wie lange man Frankreichs Vorstößen nachgeben solle. Entgegen der Parole des Reichskanzlers laute die Meinung der Deutschnationalen, daß in Deutschland nur noch gegen die Sozialdemokraten regiert werden könne. Wir verlangen und fordern, so sagte er, die Loslösung der Regierung von der Sozialdemokratie. Der vorherrschende Einfluß, den die Sozialdemokraten bisher in allen Regierungen nach der Revolution gehabt haben, macht uns eine Unterstützung des Kabinetts Stresemann unmöglich. Wir stimmen ein in den Ruf:

„Los vom Marxismus!"

(Unruhe und Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Wir stehen in klarer und rückhaltloser Opposition zu dieser Regierung und sind mit diktatorischen Befugnissen einer Regierung einverstanden, wenn die Ausführung in die Hände der Militärbefehlshaber gelegt wird. Eine unter sozialistischer Vorherrschaft stehende Regierung darf aber nicht diktatorische Befugnisse in Eigentumsfragen haben. Zu Herrn von Kahr haben wir volles Vertrauen, während Dr. Hilferding als Finanzminister vollkommen versagt hat. Er hat vor allem die Lösung des Währungsproblems verzögert, und jetzt besteht die große Gefahr, daß das Volk wegen des Mangels an einer festen Währung kein Brot bekommt. (Stürmische Rufe bei den Sozialdemokraten: „Sie gestehen also ein, daß die Landwirte das Volk verhungern lassen!") Die Gefahr, so fuhr er fort, besteht in der Tat, daß das Volk aus Mangel an Zahlungsmitteln verhungert. Sie (zu den Sozialdemokraten gewendet) lassen das Volk verhungern, wenn Sie nicht das Zahlungsmittel schaffen, mit dem die Ernte der Bevölkerung zugeführt werden kann. Das jetzige Papiergeld ist kein Zahlungsmittel. (Stürmische Rufe bei den Sozialdemokraten: „Das bekommen aber die Arbeiter, und Sie wollen ihnen dafür kein Brot geben!") Graf Westarp fuhr fort: „Dadurch, daß aus parteipolitischen Gründen die Lösung des Währungsproblems verhindert worden ist, entsteht die Gefahr,

daß das deutsche Volk bei vollen Scheunen verhungert.

(Erneute Rufe: „Sie reizen die Bauern zur Hungerblockade an!") Der Reichskanzler hat einen Eingriff in die Preispolitik der Kartelle und Konventionen angekündigt. Wie will er das machen? Will er eine Zwangswirtschaft mit gesetzlichen Preisen einführen? Auf der andern Seite ist die dringend notwendige Aufhebung des gesetzlichen Achtstundentages aus dem Ermächtigungsgesetz herausgenommen. Das unerhörteste Zerrbild des Parlamentarismus liegt in dem Artikel des Ermächtigungsgesetzes, wonach das Gesetz außer Kraft treten soll, wenn sich die parteimäßige Zusammensetzung der Regierung ändert. Einem solchen Gesetz können wir unmöglich zustimmen. Dann wandte sich Graf Westarp der

Außenpolitik

zu und bedauerte, daß mit dem Regierungsantritt Stresemanns der Faden nach England abgerissen worden sei. Aus Anlaß des Abbruches des passiven Widerstandes darf man keinen Vorwurf gegen die rheinische Bevölkerung richten, aber, wenn die Sozialdemokraten verallgemeinernd von einem Mißbrauch mit der Ruhrhilfe sprechen, so muß man Beweise und Namen verlangen. Der Abbruch des passiven Widerstandes war unvermeidlich, aber damit mußten zugleich alle diplomatischen Beziehungen zu Frankreich und Belgien abgebrochen, alle Leistungen eingestellt und der vertragslose Zustand hergestellt werden. Die einzige Tat, die die große Koalition vollbracht hat, war die Aufgabe des passiven Widerstandes.

Wir verlangen den Abbruch der Beziehungen zu Frankreich mit allen Konsequenzen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: „Also auch den Krieg?".) Ja, leben wir denn jetzt im Frieden? Ist nicht der Versailler Vertrag die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln?

Mit der Möglichkeit eines solchen Risikos rechnen wir. Was wir dann zu tun haben, darüber will ich mich jetzt nicht äußern. Wer darauf verzichtet, der feindlichen Gewalt Gewalt entgegenzusetzen, der verzichtet auf Rhein und Ruhr. Wir lehnen es ab, die feindliche Gewalt durch eine feige Unterschrift zu besiegeln. (Die Rede des Grafen Westarp wurde bei den Deutschnationalen mit lebhaftem Beifall, auf der linken Seite des Hauses mit Zischen aufgenommen.)

Reichskanzler Dr. Stresemann

bedauerte aufs äußerste, daß der Vorredner eine Rede mit so starkem parteipolitischem Einschlag gehalten habe, und erklärte, daß die Deutschnationalen der letzten Regierungskrisis geradezu in das Feuer hineingeblasen hätten. Es sei sehr bedenklich, wenn Graf Westarp die Hoffnung auf einen Verfall der jetzigen Koalitionsregierung ausspreche, während doch ein nationaler Mann hoffen müßte, daß wir endlich zur Ruhe kommen. Die Deutschnationalen seien gegen dieselben Steuern jetzt in Opposition getreten, die sie selbst seinerzeit bewilligt hatten. Sie hätten diese Steuern eben nicht dem deutschen Vaterlande, sondern nur dem Kabinett Cuno bewilligt. Sie sollten sich aber endlich daran gewöhnen,

den Staat, und nicht die jeweilige Regierung als Träger des Vertrauens

anzusehen. Gegenüber dem Schlagwort: „Los vom Marxismus!" müsse man verlangen, daß einmal erklärt werde, was man darunter verstehe. (Zurufe: „Aufhebung des Privateigentums!") Der Kanzler erwiderte, niemand spreche von der Aufhebung des Privateigentums, wenn auch eine starke Heranziehung desselben notwendig ist. Auch von einer marxistischen Vorherrschaft im Kabinett könne nicht gesprochen werden. Auch hervorragende Mitglieder der Deutschnationalen haben früher zugegeben, daß man nicht an den Massen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft vorübergehen kann, wenn man das deutsche Volk zu einem einheitlichen nationalen Willen zusammenfassen will. Bei den nationalen Abstimmungskämpfen um deutsches Land und im Ruhrkampfe haben die Sozialdemokraten ihre nationale Pflicht ebenso erfüllt wie alle andern Parteien. Ein Ermächtigungsgesetz hätte durch eine rein bürgerliche Koalition nur gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten durchgesetzt werden können, und

einer Reichstagsneuwahl können wir in der jetzigen kritischen Zeit unmöglich unser Volk aussetzen.

Mit dem passiven Widerstand haben wir den Kampf für den Rhein keineswegs aufgegeben. Wir können ihn aber nur mit einheitlichem, nationalem Idealismus und nicht mit einem Rechts- oder Linksblock führen. Ich bedauere außerordentlich, daß der Abg. Graf Westarp über das Recht der

Zurückweisung des deutschen Papiergeldes

Worte gesprochen hat, die geradezu katastrophal wirken können. Wir müssen vom ganzen Volke verlangen, daß es sich mit Papiergeld bezahlen läßt, sonst haben wir das Chaos. Die Arbeiter, Beamten und Kleinhändler lassen sich auch mit Papiergeld bezahlen, und die schwierige Lage der Landwirtschaft gibt niemandem ein Recht, die Parole zur Zurückweisung des deutschen Geldes hinauszuschleudern. In der Währungsfrage war es vielleicht ein Fehler, zu viele Sachverständige zu hören, die selbst nicht einig waren. Auf die außenpolitischen Ausführungen des Grafen Westarp antwortete der Kanzler, daß Lord Curzon in seiner Rede erklärt hat, es sei von der deutschen Regierung töricht gewesen, daß sie den

Entschluß zum Abbruch des passiven Widerstandes nicht drei Monate früher gefaßt

hat. Es muß mit der Legende aufgeräumt werden, als hätte sich England wegen des Kanzlerwechsels von Deutschland abgewendet. England läßt sich ausschließlich von den Interessen der englischen Politik leiten. Ich kann versichern, daß der Aufruf der Regierung

beim Abbruch des passiven Widerstandes einmütige Zustimmung aller Ministerpräsidenten

gefunden hat. Wenn Graf Westarp verlangt, wir sollten den Versailler Vertrag als nichtig erklären, so übersieht er, daß dieser Vertrag gegenüber der seither betriebenen Gewaltpolitik einen gewissen Schutz für Deutschland bedeutet. Wir müssen erst die Verhandlungen abwarten und können nicht vor ihrem Beginn erklären, daß dabei doch nichts herauskommen werde. Wenn wir den Kampf um den Rhein erfolgreich führen wollen, dann müssen auch Sie (zu den Deutschnationalen) die Voraussetzung schaffen, daß er durch ein geeinigtes deutsches Volk geführt wird. (Starker Beifall.)

Abg. Scholz (D. Volksp.) verlangte, daß der Legende vom Dolchstoß der Volkspartei gegen die große Koalition ein Ende gemacht werden müsse. An der Einstellung zu Frankreichs Plänen sei dadurch nichts geändert worden, daß wir den passiven Widerstand beendet haben. Aber es kann ein Augenblick kommen, in dem ein Volk zur Verzweiflung getrieben wird. Unter großem, lang andauerndem Lärm der linken Seite des Hauses verlangte der Redner dann von der Regierung, daß sie nicht nur für Ruhe und Ordnung sorgen müsse sondern auch die Staatsautorität in Sachsen und Thüringen wieder herstellen solle.

Abg. Koch (Dem.) begrüßte die Wiederkehr der großen Koalition. Über die Verwendung des Papiergeldes in der Wirtschaft sagte er, der Großgrundbesitz scheine das Papiergeld nicht zu brauchen, und das sei ein Beweis dafür, wie er in steuerlicher Hinsicht geschont werde.

Die Auseinandersetzungen setzten sich bis in den späten Abend hinein fort.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Im Reichstag begann die Aussprache der Parteien über den Kabinettswechsel und die Regierungserklärungen.
* Die Führer der Industrie von Rhein und Ruhr verhandelten mit dem französischen General Degoutte über die Wiederaufnahme der Arbeit und des Exports.
* In den Betrieben des Ruhrbergbaus sind Ankündigungen der Werksleitungen angeschlagen, nach denen die Vorkriegsarbeitszeit wieder eingeführt werden soll.
* Der Reichsrat stimmte dem Ermächtigungsgesetz der Regierung zu.
* Der von den Eisenbahnern durch die Franzosen im Westen für die Aufnahme der Arbeit geforderte Diensteid, soll nur die beruflichen, keine politischen Verpflichtungen enthalten.

Ermächtigungsgesetz.

Der Entwurf des Ermächtigungsgesetzes, das eine der Hauptrollen bei der letzten Kabinettskrise spielte, liegt jetzt vor und hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, welche sie auf finanziellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet für erforderlich und dringend erachtet. Dabei kann von den Grundrechten der Reichsverfassung abgewichen werden.

Die Ermächtigung erstreckt sich nicht auf die Regelung der Arbeitszeit und auf Einschränkungen der Renten und Unterstützungen der Versicherten und Rentenempfänger in der Sozialversicherung sowie der Kleinrentner.

Die erlassenen Verordnungen sind dem Reichstag und dem Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Sie sind auf Verlangen des Reichstages sofort aufzuheben.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem Wechsel der derzeitigen Reichsregierung oder ihrer parteipolitischen Zusammensetzung, spätestens aber am 31. März 1924 außer Kraft.

Der Reichsrat stimmte dem Ermächtigungsgesetz für die Regierung mit 46 gegen 17 Stimmen zu. Das Gesetz hat also die erforderliche Zweidrittelmehrheit erhalten. Der Reichskanzler ließ mitteilen, daß er in allen Fragen, die für die Länder von Bedeutung sind, mit dem Reichsrat fortlaufende Verbindung aufrecht erhalten werde.

Die Verhandlungen im Westen.

Der französische General Degoutte hat die Industriellen Stinnes, Klöckner, Voegeler und den Bergwerksdirektor v. Velsen empfangen und mit ihnen die Wiederaufnahme der Arbeit besprochen.

„Stinnes will dafür sorgen, daß er für seine Arbeiter Geld bekommt", sagte eine ihm nahestehende Persönlichkeit auf die Frage, warum Stinnes in das Ruhrgebiet gereist wäre. Die Regierung hatte erklärt, daß die Kredite für die Rhein-Ruhrhilfe abgebaut werden sollten, und die Billionen-Räubereien der Franzosen in den letzten Tagen hatten auch praktisch die Versuche einer finanziellen Hilfeleistung unmöglich gemacht. Es mußte jetzt irgend etwas geschehen, was nur die Folgerungen aus der Aufgabe des passiven Widerstandes sein konnte.

Die deutsche Regierung hatte den bitteren Gang angetreten und Frankreich mitgeteilt, daß sie den passiven Widerstand aufgebe; die Hoffnungen auf Einleitung von Verhandlungen, wie man sie im Hinblick auf die ständig wiederholten Erklärungen Poincarés gehegt hatte, sind aber nicht erfüllt worden. Der Reichskanzler hat in seiner Sonnabendrede ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Regierung als die politische Führerin des deutschen Volkes einfach nicht gehört werde. Nun scheinen die Vertreter der Wirtschaft, die an der Reorganisation des Rhein-Ruhrgebietes interessiert sind, die Führung in der weiteren Verhandlung in die Hand genommen zu haben. Wie halbamtlich versichert wird, ist die Initiative für dieses Vorgehen von den Wirtschaftsführern selbst aus-

gegangen, die deutsche Regierung ist davon vorher nicht unterrichtet worden.

Damit ist der Schwerpunkt der Leitung der kommenden Verhandlungen von Berlin nach dem Westen gerückt. Und die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen mit Frankreich sind im Augenblick streng von den politischen geschieden. Ausdrücklich wird in Paris erklärt, daß bei den Besprechungen der Stinnes und Voegeler, der Klöckner und von Velsen es sich lediglich um die Frage handele, wie die Bezahlung der deutschen Arbeiter nach der Wiederaufnahme der Tätigkeit im Ruhrgebiet gesichert werden kann. Geschehen könne das naturgemäß nur dadurch, daß der deutschen Industrie die Wiederaufnahme des Exports ihrer Erzeugnisse aus dem Ruhrgebiet gestattet werde, um dadurch Zahlungsmittel hereinzubekommen.

Die Erlaubnis hierzu durch Frankreich bildet die Prüfung dafür, ob man französischerseits überhaupt gewillt ist, mit der bewußten Hinauszögerung der wirtschaftlichen Reorganisation nun endlich Schluß zu machen. Es ist gar nicht abzusehen, was erfolgen würde, wenn diese Erlaubnis aus irgendwelchen politischen Gründen versagt werden würde, gleichzeitig aber eine Unterstützung dieses Gebietes vom unbesetzten Deutschland her verhindert wird. Es ist daher eine gefährliche Verkennung der Situation, wenn die französische Schwerindustrie über die Unterhandlungen der deutschen Industriellen mit General Degoutte „lebhafte Unruhe" verrät und verlangt, daß die Unterhandlung mit Zuziehung französischer Sachverständiger aus den Kreisen des „Comité des Forges" (Hüttenverband) erfolgt. Das allein schon führt eine neue Verzögerung in diesen Auseinandersetzungen herbei; denn an und für sich werden auch bei einem Erfolg dieser Verhandlungen die Auswirkungen aller dieser Abmachungen sich nicht von heute auf morgen einstellen. Es muß ertragen werden, daß französischerseits dieser Gang der deutschen Wirtschaft in den Pariser Zeitungen als ein moralischer Sieg der Politik Poincarés hingestellt wird; er ist eben nur eine Folge aus der Aufgabe unseres Widerstandes.

Schon aus diesen Mitteilungen geht hervor, daß man bei der Beurteilung dieser eigenartigen Situation nicht von einem Konflikt zwischen Stinnes und Stresemann sprechen kann, wie es eine ganze Reihe von französischen Zeitungen in ihren Sonntagsartikeln tut. Ob es in der Zukunft zu einem solchen Konflikt zwischen Wirtschaft und Staat kommt, läßt sich vorläufig noch gar nicht übersehen, da man den Inhalt dieser Besprechungen bisher noch nicht kennt. Zweifellos hat aber das, was man unter „Wirtschaft" versteht, jetzt die stärkere Bedeutung, — immer vorausgesetzt, daß eine vorläufige Arbeitsreorganisation im Rhein-Ruhrgebiet von den Franzosen überhaupt zugelassen wird. Man muß sich aber klar darüber sein, daß deutscherseits auf vieles verzichtet werden mußte und noch weiter verzichtet werden muß, was als „Gewinn" einzelner deutscher Berufsklassen bezeichnet wird, daß selbst solche Errungenschaften sozialpolitischer Natur, die für uns Selbstverständlichkeiten geworden sind, in Frage kommen, wenn wir versuchen wollen, das Reparationsproblem wirtschaftlich zu bewältigen — wenn uns das überhaupt noch möglich ist.

Man hat so oft davon gesprochen, daß gegenüber dem Staate die Wirtschaft sich „verselbständigt" habe, eigene Politik treibe. Und der Reichskanzler hat es erst in seiner Sonnabendrede beklagt, daß die „Männer der Wirtschaft" sich ihm und seinem Kabinett versagt haben. Gleichzeitig aber sind jene Männer der Wirtschaft nun im Ruhrgebiet wirtschaftlich tätig gewesen, haben sich damit an politische Arbeit begeben, die von der behinderten Regierung nicht erledigt werden konnte. Das Problem der allernächsten Zukunft wird demgemäß sein, ob bei diesen wirtschaftlichen Verhandlungen nicht die deutschen staatspolitischen Forderungen übergangen werden und restlos jenen wirtschaftlichen Forderungen der trüben Gegenwart zum Opfer fallen. Denn durch sie wird das Gesamtschicksal des deutschen Volkes bis in seine letzten Ausläufer hinein berührt, und wenn, wie gesagt, auch vieles von unseren Wünschen und Hoffnungen hingegeben werden muß, so wird es doch Grenzen geben, über die niemand hinweggehen kann.

Die Führer der deutschen Wirtschaft wissen sicher, daß der Wiederaufbau dieser deutschen Wirtschaft geknüpft ist letzten Endes an den Arbeitswillen des deutschen Volkes, daß eine wirkliche Steigerung der Produktion nicht durch hoffnungslos arbeitende Sklaven herbeigeführt werden kann, sondern durch ein Volk, das klar die Furchtbarkeit seiner Lage erkennt, aber, wie Stinnes einmal schrieb, ganz fern am Horizont die Möglichkeit einer freien Arbeit für sich oder seine Kinder sieht.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Schuld der Banken an der Wirtschaftskrise.

Das Präsidium des Bayerischen Industriellenverbandes hat zu den Bedingungen der Banken für den Scheckverkehr Stellung genommen und erklärt, daß die von den Banken geforderten Bedingungen nicht zum wenigsten die Schuld an der augenblicklichen schweren Wirtschaftskrise tragen. Es könne nicht anerkannt werden, daß die Banken ihre monopolartige Stellung in Zeiten größter Kapitalnot zur Erzielung von Sondervorteilen ausnützen. Es müsse daher dringend gefordert werden, daß die Banken ihre Bedingungen einer Nachprüfung unterziehen und sie auf ein erträgliches Maß zurückschrauben.

Die Dauer der Demobilmachungsverordnungen.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich mit dem am 31. Oktober 1923 bevorstehenden Ablauf der Demobilmachungsverordnungen. Er beschloß, die Regierung zu ersuchen, die Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge sowie die Verordnungen über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter und der Angestellten vom 23. November bis zum 31. März 1924 zu verlängern. Mit 17 gegen 12 Stimmen wurde die Verlängerung der Verordnung über Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten abgelehnt. Die Entscheidung über die Verordnung gegen Betriebsabbrüche und Stilllegungen wurde zurückgestellt.

Der Rheinschiffahrtsverkehr wieder frei.

Nach über München kommenden Mitteilungen aus Schiffahrtskreisen ist die Schiffahrt nach sämtlichen Main-Rheinhäfen wieder freigegeben, so daß Transporte, ohne durch die Franzosen beschlagnahmt zu werden, möglich sind.

Sozialistische Einheitsfront in Sachsen.

Die Einigung zwischen Sozialisten und Kommunisten über die Zusammensetzung der Regierung ist völlig zustande gekommen. Die Kommunisten werden Arbeits- und Kultusministerium besetzen. Die Namen der neuen Minister werden alsbald bekanntgegeben werden.

Frankreich.

× **Poincarés Sonntagsentheiligung**, die er regelmäßig in jeder Woche begeht, blieb auch diesmal nicht aus. In Pierre Fitte lobte er sein Gelbbuch bez. der Reparationsfrage und bat die Leute, die etwa nicht genug auf seine vielen Reden geachtet hätten, in das Gelbbuch zu blicken. In Ligny-en-Barrois malte er ein Bild Rosa in Rosa von der Lämmerunschuld der Separatisten am Rhein, die in Düsseldorf vom bösen deutschen Pöbel überfallen worden seien. Die sanftmütigen schwarzen und weißen Franzosensoldaten seien harmlos in ein Land von „Räubern" gekommen, deren sie sich kaum erwehren könnten und die sich nicht einmal ohne Widerspruch ihr Geld von den Soldaten nehmen lassen wollten. — Und bei solchen überzeugenden Reden wagt noch jemand, etwas über Herrn Poincaré zu sagen!

Aus In- und Ausland.

Beuthen. Hier kam es zu antisemitischen Ausschreitungen schwerer Art. Etwa 20 Personen wurden schwer verletzt.

Paris. Der Präsident der Französischen Republik Millerand hat die Todesstrafe, die am 29. Juni wegen angeblicher Sabotage gegen sieben Deutsche vom Kriegsgericht in Mainz verhängt wurde, in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt.

Konstantinopel. Eine aus Truppen aller Waffengattungen des sogenannten „eisernen Tores" zusammengesetzte Brigade passierte Konstantinopel, wobei es zu begeisterten Kundgebungen der Bevölkerung kam. Die Truppen standen unter Befehl Nail Schukri Paschas.

Der Eid der Eisenbahner.

Nur berufliche, keine politische Verpflichtung.

Die verschiedenartigen Meldungen über die Form des Diensteides der die Arbeit im besetzten Gebiet unter französischer Regie aufnehmenden deutschen Eisenbahner werden jetzt durch das Pariser amtliche Bureau „Agence Havas" wie folgt ergänzt:

„Infolge der interalliierten Konferenzen, die in Bonn stattgefunden haben, ist die Formel für die individuellen Anstellungsverträge, die die deutschen Eisenbahnarbeiter unterzeichnen müssen, um in den Dienst der französisch-belgischen Regie aufgenommen zu werden, abgeändert worden. Der ursprüngliche Entwurf enthielt eine Verpflichtung, nach der der Kandidat „auf Grund eines Eides versichert, er werde loyal, mit Eifer und Ergebenheit den zivilen und militärischen Behörden der Eisenbahnregie dienen." Diese Formel ist dahin abgeändert worden, daß sie eine rein berufliche Verpflichtung enthält. Infolgedessen hat der Direktor der Regie in allen Bahnhöfen, die sich in der Verwaltung der Regie befinden, besondere Plakate anschlagen lassen, in denen ausgeführt wird, daß der von den Eisenbahnern verlangte Eid einen rein beruflichen und keinen politischen Charakter habe.

Dazu wird aus Berlin noch berichtet, daß die Reichsregierung den Eisenbahnern nicht verwehrt, eine solche Dienstverpflichtung einzugehen.

Vorkriegsarbeitszeit im Ruhrbergbau.

Der Achtstundentag.

Montag morgen sind in den Betrieben sämtlicher Zechenanlagen des Ruhrgebietes Anschläge des Zechenverbandes ausgehängt worden, durch die den Arbeitern mitgeteilt wird, daß von nun an die achtstündige Arbeitszeit im Bergbau wieder eingeführt wird. Genau wie im Frieden sollen die Ein- und Ausfahrzeiten nicht auf die Arbeitszeit angerechnet werden.

Der Vorstand und die Bezirksleitung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands (Alter Bergarbeiterverband) geben dazu einen Aufruf bekannt, in dem es heißt: „Die Bergbauunternehmer des Ruhrgebietes haben am 6. Oktober beschlossen, ohne Rücksicht auf Gesetz und Tarifvertrag, vom 9. Oktober ab im Ruhrbergbau die Vorkriegsarbeitszeit einzuführen. Sie haben zum Ausdruck gebracht, daß das übrige Deutschland dem Ruhrgebiet mit einer ähnlichen Arbeitszeit folgen soll. Wir haben sofort veranlaßt, daß alle in Frage kommenden Organisationen zu dem diktatorischen Anschlag dieser Unternehmerkreise Stellung nehmen. Einstweilen fordern wir: Niemand füge sich einem versuchten Zwang zu längerer Schichtzeit. Gesetz und Tarifvertrag gelten noch! Arbeitet weiter wie bisher, aber nicht länger!

Wie ferner mitgeteilt wird, haben sich die Verhandlungen, die von deutschen Industriellen mit General Degoutte geführt wurden, lediglich auf bergbauliche Fragen bezogen. Wirtschaftliche Fragen wurden nicht erörtert. Die Industrie sei sich vollkommen klar darüber, daß diese Probleme erst dann behandelt werden können, wenn die politische Aussprache zwischen Deutschland und Frankreich zu irgendeinem Ergebnis gelangt sei.

Kartoffelversorgung im besetzten Gebiet.

Gewissenhafter Versand.

Zur Sicherung der Kartoffelversorgung für das besetzte Gebiet wird mitgeteilt: Die Güterwagen mit Kartoffeln, die in das besetzte Gebiet hineinlaufen, werden durch den französischen Zoll einer Beschau unterworfen. Zu dem Zweck werden die Wagentüren geöffnet. Es ist deshalb erforderlich, daß die Kartoffeln gegen Herausfallen beim Öffnen der Türen gesichert werden. Die Eisenbahndienststellen sind streng angewiesen, Kartoffelsendungen nach dem besetzten Gebiet nur anzunehmen, wenn vor beiden Wagentüren Vorsatzbretter angebracht oder gefüllte Kartoffelsäcke gut gelagert werden. Da der französische Zoll alle Sendungen zurückweist, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, hängt die Kartoffelversorgung des besetzten Gebietes von der gewissenhaften Erfüllung dieser Bedingungen ab. Es ergeht daher an die Kartoffelversender die dringende Bitte, unbedingt hiernach zu verfahren, damit die Bevölkerung des besetzten Gebietes vor Kartoffelnot geschützt wird.

Lokales und Provinzielles.

Halver, 10. Oktober 1923.

Wirtschaftsbarometer am 8. Oktober 1923.

Reichsbankdiskont	90 %
Goldankaufspreis	640 Dollar pro Kg.
Silberankaufspreis	55 000 000 fach
Eisenbahnschlüsselzahl für Personen	30 000 000
„ Güter	36 000 000
Fernbrief (20 Gramm)	2 000 000
Ortsbrief (20 Gramm)	800 000
Großhandelsindex (Stichtag 2. 10.)	84 500 000
Lebenshaltungsindex (Stichtag 1. 10.)	40 400 000
Arzteindex (ab 7. Oktober)	80 000 000
Buchdruckerschlüsselzahl (ab 6. 10.)	5 000 000
Schlüsselzahl für Zeitungsanzeigen (6. 10. bis 12. 10.)	100 000
Hotelschlüsselzahl	30 000 000
Buchhändlerschlüsselzahl ab 6. 10.	100 000 000

Mittagssonne.

Roman von Wolf vom Rosenegg.

1) Nachdruck verboten.

Dr. Hans Reichmann war gegen halb elf Uhr vom Stammtische im „Roten Hahn", wo er, seit er in Schwanbach seine ärztliche Praxis eröffnet hatte, jeden Abend zwei Stunden mit den ersten Bürgern der Stadt verplauderte, in seine Wohnung beim Bäcker Großmeister zurückgekehrt, hatte sich noch eine Zigarre angezündet und an das offene Fenster gelehnt, das gegen den Garten ging. Sinnend starrte er den kleinen Rauchwölkchen nach, die sich rasch in der kühlen Abendluft verflüchteten. Die Gedanken des jungen Arztes waren im Augenblick weit von der Stätte entfernt, an der er seinen zukünftigen Wirkungskreis gesucht hatte und auch zu finden hoffte. Die Anfänge waren vielversprechend, und im Grunde genommen hätte ihm gerade das, was er heute, wie alle Tage, mit wenig Freude bei sich erwog, immer wieder neu überdachte, keine Sorgen machen können.

Hans Reichmann, der im zarten Kindesalter schon Vater und Mutter verloren hatte, war bei einem entfernten Vetter seines Vaters aufgezogen worden. Zugleich mit ihm wuchs die um zwei Jahre jüngere Kläre Reichmann, die einzige Tochter des Vetters, heran. Da des Vetters Gut, Birkenau, recht einsam lag und auch Kläre keine Mutter mehr hatte, waren die beiden Kinder fast nur auf sich angewiesen, weil sie keine anderen Spielgefährten fanden; sie waren daher bald wie Bruder und Schwester.

Die Jahre gingen. Aus den Kindern wurden junge, wohlerzogene Leute; aus Hans ein schneidiger Student, dem die Korpsmütze und das Band um die Brust vorzüglich standen, und aus Kläre eine liebliche, wenn auch etwas zarte Jungfrau. Bis zu dieser Stunde hatte zwischen Hans und Kläre immer noch das Verhältnis von Bruder und Schwester geherrscht. Nicht die Spur eines anderen Gedankens, geschweige irgendeine Befangenheit, war den beiden gekommen. Das änderte sich aber, als Hans auf die Universität kam.

Nun wurde Kläre zurückhaltender, wie es dem jungen, ahnungslosen Studenten schien, sie wurde scheuer und schützte oft alle möglichen Arbeiten vor, um nicht allein mit ihm sein zu müssen. Er dachte sich aber weiter nicht viel dabei, da er es für selbstverständlich hielt, daß die Jahre sogar zwischen ihm und Kläre eine gewisse Schranke ziehen würden. Etwas stutzig wurde er erst, als Kläre eine ausgezeichnete Partie, die sich ihr bot, ausschlug, obwohl ihr, wie er sicher wußte, der Bewerber sehr sympathisch war. Wenig später wurde Hans infolge eines Unfalles schwer verletzt und in die Klinik gebracht. Als er aus der durch den starken Blutverlust verursachten Ohnmacht erwachte, fand er schon den Vetter und Kläre an seinem Lager. Kläre blieb als Pflegerin bei ihm, bis er nach Hause überführt wurde; dort nahm sie sich seiner erst recht noch an, pflegte ihn weiter, so sorgsam wie eine Mutter, bis er seine Gesundheit wieder erlangt hatte. In diesen Stunden gingen ihm die Augen auf; er erkannte, daß es mehr als schwesterliche Gefühle waren, die ihm Kläre entgegenbrachte, und war im Augenblicke von dem Gedanken beglückt, das liebe Mädchen, seine Spielkameradin und die Genossin seiner schönsten Stunden, als Lebensgefährtin zu gewinnen. Dazu kam, daß er schon aus grenzenloser Dankbarkeit, die er für den Vetter und Kläre für die Heimat und die gute Erziehung, die sie dem von seinen Eltern völlig mittellos zurückgelassenen Knaben gaben, empfand, nicht eine Sekunde daran dachte, Kläres Zukunftshoffnung zu enttäuschen.

Es fand keine öffentliche Verlobung statt; ja, es war zwischen ihm und Kläre nicht einmal ein Wort gewechselt worden, das sich darauf bezog, geschweige denn zu einer Aussprache gekommen. Sie wollten warten, bis er den Doktor gemacht und irgend eine Stelle als Arzt gefunden hatte, denn das ließ sein Stolz nicht zu, von dem Gelde seiner Frau zu leben; den eigenen Haushalt wollte er bestreiten. Der Vetter und Kläre begriffen das wohl. Es herrschte also stillschweigend volles Einverständnis zwischen ihnen. Doch fühlte er sich so gebunden, als ob er Kläre wirklich schon sein Wort gegeben hätte.

Hans Reichmann hatte nun schon vor anderthalb Jahren seine Studien beendet; war nach der Promovierung noch ein Jahr als Assistent auf der Klinik geblieben und hatte dann die Stadtarztstelle in Schwanbach, die eben frei geworden war, angenommen. Seit sechs Monaten nun übte er in dieser Stadt seine Praxis aus und hatte bereits ein Einkommen, das es ihm leicht ermöglicht hätte, ein eigenes Heim zu gründen. Trotzdem zögerte er; und obwohl er mit dem Vetter, hauptsächlich aber mit Kläre im regen Briefwechsel stand, schob er es von Tag zu Tag hinaus, das entscheidende Wort zu sprechen.

Der Grund lag in der klaren Erkenntnis, daß er eben Kläre nur wie eine Schwester liebe, aber nicht mehr. Sie war wohl zu allen Stunden seiner Jugendzeit, in allen Lagen seines jungen Lebens seine Vertraute gewesen, hatte ihm geraten und geholfen, war ihm mehr als irgend ein Mensch auf der Erde, und trotzdem, je mehr er darüber nachdachte, jetzt, da er ins Leben hinausgetreten war und alles um sich und in sich mit anderen Augen sah, als es der sorglose, lustige Student getan hatte, desto schwerer wurde es ihm, Kläre zu belügen. Und das hätte er in dem Augenblick getan, in dem er um ihre Hand gebeten hätte.

Freilich, das wußte er ebensogut, daß dieser Augenblick einmal kommen mußte, daß das treueste Herz, das er kannte, ihn sehnlichst erwartete. Niemals durfte er zurücktreten, koste es, was es wolle.

Wie merkwürdig doch das Leben spielte! Wie glücklich wäre jener Mann, den Kläre vor Jahren abgewiesen hatte, gewesen, sie zu gewinnen, und er, der nur die Hand nach diesem Glück auszustrecken hatte, wußte es nicht gebührend zu schätzen. Immerhin, er war noch frei; flüchtige Leidenschaften abgerechnet, hatte noch kein Weib tieferen Eindruck auf ihn gemacht. So war es doch am besten, dem Zögern und Zaudern bald ein Ende zu machen. Das Schicksal hatte ihn ja weich gebettet und es war für ihn kein Grund vorhanden, unzufrieden zu sein.

Während Hans Reichmann, mit diesen Gedanken beschäftigt, nachdenklich den Rauchwölkchen seiner Zigarre nachsah, hörte er plötzlich unten im Garten eine helle Stimme.

„Guten Abend, Herr Doktor! Auch noch wach? Eine prachtvolle Nacht heute. Kommen Sie nicht auch noch ein wenig herunter?"

Um einen großen Fliederstrauch, der an der Biegung eines Gartenweges stand, war eine hellgekleidete Gestalt getreten.

(Fortsetzung folgt.)

schaft auffiel, veranlaßten, daß ein Wachmann herbeigeholt wurde. Die drei Damen wurden trotz ihres energischen Protestes nach der Polizeiwache transportiert. Man war nicht wenig erstaunt, als die ältere Dame sich hier als ein pensionierter Generalauditor und ehemaliger Senatspräsident des obersten Militärgerichtshofes entpuppte. Der Herr gab an, daß er sich aus Spaß als Frau kostümiert habe. — Gott, was ist das für eine Zeit, in der selbst Senatspräsidenten aus dem Gleichgewicht geraten!

⊙ **Einsturz einer Brücke über den St. Lorenzstrom.** Aus Montreal in Kanada wird gemeldet: Die Brücke über den St. Lorenzstrom bei Lachine ist eingestürzt. 40 Schiffe, die mit 4 000 000 Bushels Exportweizen auf dem Strom unterwegs waren, sind dadurch in ihrer Fahrt aufgehalten worden; man hofft aber, den Verkehr bald wieder aufnehmen zu können.

Unser liebes, liebes Papiergeld.

Es schadet sogar der Gesundheit.

Eigentlich sind das „olle Kamellen", denn es weiß heutzutage nachgerade jedermann, daß wir uns an dem Papiergeld, das unser tägliches Futter bildet, und das wir nicht verdauen können, derart den Magen verdorben haben, daß wir eines schönen Tages infolge einer Art „Aufblähung", die die Finanzquacksalber „Inflation" nennen, platzen werden. Man hat uns das so oft zu Gemüte geführt, daß wir schon seit langem auf dieses klägliche Ende, auf dieses In-Häßlichkeit-Sterben" vorbereitet und gefaßt sind.

Fassungslos aber muß uns die Entdeckung machen, daß das Papiergeld — Gott strafe es! — uns sogar an den — Bart geht, vorausgesetzt natürlich, daß wir einen haben. Es darf als bekannt vorausgesetzt werden, daß unter den vielen Infektionskrankheiten, die wir dem Kriege zu verdanken hatten, die sehr lästige und unangenehme Bartflechte, die dem schöneren Geschlecht das ganze Geküßtwerden verleidete, an erster Stelle stand. Was hat man damals nicht alles gesagt, um die Verbreitung der Bartflechte wissenschaftlich oder doch pseudowissenschaftlich zu erklären! Es gab Leute, die fest überzeugt waren, daß an allem Unglück die Kohlrüben schuld wären, während andere auch für die Bartflechte die Entente verantwortlich machten. Jetzt hat sich aber herausgestellt, daß wir uns mit allen diesen Annahmen auf dem Holzwege befanden, und daß als der eigentliche Verbreiter der Flechte das seit den Kriegsjahren in so übersinnlichen Mengen auf den Markt geworfene Papiergeld anzusprechen ist. Im Hamburger Ärzteverein zeigte dieser Tage Dr. Kister Trichophytonpilze — das ist der feudale Name der Bartflechtenerreger — die er aus Papiergeld gezüchtet hatte. Er hat 130 Papierscheine untersucht und in 26 Fällen verdächtige Pilze gefunden. Auf den Betrag, den die Papierscheine darstellen, scheint es dabei gar nicht anzukommen — den Trichophytonpilzen scheint es vielmehr ganz schnuppe zu sein, ob sie auf einem Fünfmarkschein oder auf einem Hundertmillionenschein herumwimmeln. Selbst Milliardenscheine scheinen sich bei den Bakterien keiner besonderen Bevorzugung zu erfreuen.

Ganz so spaßig freilich, wie man die Geschichte gern nehmen möchte, sind alle diese geheimen Tücken des Papiergeldes nicht. Wenn man jede Vorsicht außer acht läßt, kann die Sache bitter ernst werden, und dann heißt es: Wer hat, hat — die Bartflechte nämlich. Man sollte daher alles Papiergeld — jawohl, auch die protzigen Millionenscheine! — von vornherein mit dem größten Mißtrauen betrachten. Vor allem sollten stark verschmutzte Scheine, von denen, so es angeht, möglichst rasch aus dem Verkehr gezogen werden. Ferner sollte die breitere Öffentlichkeit durch Belehrung — vielleicht von seiten eines neu zu schaffenden Ministeriums für Papiergeld, eines Ministers mit Portefeuille also — immer wieder auf die Gefahren des Papiergeldes aufmerksam gemacht werden. Man könnte z. B. ein Merkblatt mit zehn oder mehr oder weniger Geboten herausgeben. Erstes Gebot: „Du sollst Dich in Dein Papiergeld nicht so verlieben, daß Du es küssest." Zweites Gebot: „Du sollst nicht begehren das Papiergeld des andern, auf daß Du seine Bartflechte nicht erbst" usw. Wie es mit den Frauen steht, ist noch nicht ganz heraus. Da nicht alle unter ihnen Schnurrbärtchen haben, dürften sie im großen und ganzen gegen die Bartflechte gefeit sein, so daß sie mit dem lieben Papiergeld ruhig weiter hantieren dürfen. S.

Vermischtes.

= **Flucht vor der Gardinenpredigt.** In Newyork erschien dieser Tage nachts um die zwölfte Stunde ein Mann auf einem Polizeibureau und erklärte, daß er nichts sehnlicher wünsche, als sofort verhaftet zu werden. Als man ihn fragte, welches Verbrechens er sich bezichtigt, gab er an, daß seine Frau ihn derartig mit Gardinenpredigten verfolge, daß er sich hinter schwedische Gardinen flüchten möchte. Alles Zureden half nichts. Der Mann weigerte sich, die Wache zu verlassen, und setzte den Beamten, die ihn hinauswerfen wollten, tätlichen Widerstand entgegen. Damit war ein Grund gefunden, der stichhaltig genug war, den unglücklichen Ehemann über Nacht auf der Wache zu behalten. Am nächsten Morgen bekam er die Rechnung für das Nachtlogis zugestellt. Er bezahlte mit Freuden die drei Dollar und versicherte, daß ihm die Nachtruhe, die er nun endlich einmal gehabt habe, viel mehr wert gewesen sei.

= **Die Zigarrettenspitze der Dollardamen.** Die jungen Amerikanerinnen tragen jetzt Ohrringe, an deren Hohlraum die zusammengeschobenen Teile einer Miniaturzigarettenspitze aufbewahrt werden. Ein Griff genügt, um die Spitze gebrauchsfertig vom Ohr in den Mund zu befördern.

= **Absonderliche Berufe.** Drei Viertel der Menschen rauchen aus Genuß: aber es gibt auch einige, die berufsmäßig qualmen, um für Geld und gute Worte Meerschaumspitzen kunstmäßig anzurauchen. In Paris zieht eine Dame von Haus zu Haus, um ihre Dienste als Abschmeckerin der Speisen für den Mittagstisch anzubieten, und da sie mit eigener Equipage vorzufahren pflegt, darf man annehmen, daß auch dieser Beruf seinen Mann oder vielmehr seine Frau ernährt. Eine andere Dame unterzieht sich um schnöden Mammon der Pein, die neuen Schuhe, die der Besitzerin nicht recht passen wollen, auszutreten. Ebenfalls in Paris gibt es einen Mann, der als Spezialist das Geschäft der „Entätowierung" betreibt, auf Grund eines Geheimverfahrens, das den Erfolg der Entfernung der Tätowierung von der Haut verbürgt. Für die Mitteilung seines Rezeptes wurden dem Manne kürzlich 40 000 Frank geboten, die er aber mit der Begründung ablehnte, daß dieser Preis angesichts der Gewinne, die ihm seine Praxis bringe, gar nicht in Frage kommen könne. Andere erfreuen sich in den großen Parfümeriefabriken als Duftprüfer gutbezahlter Stellungen. Es ist das ein Beruf, der nicht jedem zugänglich ist, da er an die Feinfühligkeit der Nase ganz ungewöhnlich hohe Ansprüche stellt. So muß beispielsweise das Lieblingsparfüm der Königin Alexandra von England, von dem das eine Unze enthaltende Fläschchen 250 Frank kostet, die prüfende Nase von fünf berufsmäßigen Parfümprüfern passieren, ehe es in den Gebrauch der Majestät überzugehen für würdig befunden wird. Amerika darf sich rühmen, die Schlafprofessoren erfunden zu haben, die die Schönen im Lande des Sternenbanners die Kunst lehren, beim Schlafen eine elegante Lage einzunehmen. Fehlt nur noch der Professor, der die Snobs die Kunst des „In-Schönheit-Sterbens" lehrt.

Städtischer Viehhof Elberfeld. Bericht der amtlichen Notierungskommission vom 8 Oktober Auftrieb 823 Stück Großvieh, davon 243 Ochsen, 142 Bullen, 397 Färsen und Kühe, 41 Fresser, 917 Schweine, 230 Kälber, 307 Schafe. Die Preise betrugen für 1 Pfund Lebendgewicht für Ochsen a) 58—60 Mill., b) 55—57 Mill., c) 45—50 Mill., d) 37—42 Mill. Mk.; Bullen a) 53—55 Mill, b) 45—50 Mill., c) 35—40 Mill. Mk.; Färsen und Kühe a) 58—60 Mill., b) 55—57 Mill., c) 40—45 Mill., d) 33—38 Mill., e) 25—32 Mill. Mk. Jungvieh 30—40 Mill. Mk.; Kälber a) —, b) 68—70 Mill., c) 60—65 Mill., d) 50—58 Mill., e) 40—50; Weideschafe 40—50 Mill. Mk., Schweine a) 85—90 Mill. b) 90—95 Mill., c) 98—100 Mill., d) —, e) 80—85 Mill. Mk.

Tendenz des Marktes: Großvieh langsam, Schweine Kälber und Schafe mittleres Geschäft. Wegen der hohen Schweinepreise haben die Barmer Metzger vom Vieheinkauf abgesehen.

Vom Lebensmittelmarkt.

* **In der Berliner Zentralmarkthalle wurden am 8. Oktober** pro Pfund (in Millionen Mark) verlangt: für Rindfleisch 110 bis 155, Gefrierfleisch 90—110, Kalbfleisch 115—164, Hammelfleisch 110—160, Schweinefleisch 140—175, Speck 180—270, Gans 85—120, Huhn 70—90, Kabeljau 20, Heringe 18—22, Äpfel 18 bis 40, Birnen 20—50, Pflaumen 12—15, Kartoffeln 4, Pfefferlinge 25—30, Zwiebeln 12, Butter 200—260, Margarine 110 bis 160, Talg 130—140, Schmalz 180—210, Reis 54, Erbsen 60, Weizenmehl 32, Nudeln 58, Haferflocken 58, Eier pro Stück 24½.

* **Ein Pfund Zucker 51½ Millionen.** Die Zuckerverkäufer teilen mit, daß nach Festsetzung des Großhandelspreises für Zucker durch den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg für die Zeit vom 8. bis 10. Oktober der Verbraucherpreis 51½ Millionen Mark pro Pfund für Meliszucker beträgt. Auf bessere Sorten als Melis dürfen entsprechend den von der Zuckerwirtschaftsstelle festgesetzten Sortenzuschlägen besondere Zuschläge erhoben werden.

Börse und Handel.

108 % Beleihungszinsen für Papiermark.

Der Zentralausschuß der Reichsbank war zu einer Sitzung einberufen zwecks Abänderung des Bankgesetzes, zwei Lombardsätze festzustellen. Das ist geschehen. Für wertbeständige Lombards ist der bisherige Satz von 10 % bestehen geblieben, während für Lombards gegen Papiermark der Satz von 108 % normiert wurde. Die Frage einer Diskontveränderung der Reichsbank stand nicht auf der Tagesordnung.

Was kosten fremde Werte?

Börsenplätze	8. 10. gesucht	8. 10. angeb.	5. 10. gesucht	5. 10. angeb.
Holland 1 Gulden	329175000	330825000	275410000	276590000
Dänemark 1 Kr.	148627500	149372500	110573500	110662500
Schweden 1 Kr.	221475000	222555000	158602500	159397500
Norwegen 1 Kr.	131670000	132330000	94164000	94676000
Schweiz 1 Fr.	149625000	150375000	107131500	107668500
Amerika Doll.*)	835905000	840095000	598500000	601500000
England 1 Pfd.	3790500000	3809500000	2723175000	2736825000
Frankreich 1 Fr.	49875000	50125000	35311500	35488500
Belgien 1 Fr.	41895000	42105000	29725500	29874500
Italien 1 Lira	37506000	37694000	26733000	26867000
Dt.-Öst. 1 Kr.	11770	11830	8379	8421
Ungarn 1 Kr.	44388	44612	31920	32080
Tschechien 1 Kr.	24738000	24862000	17755500	17844500

*) Nachbörslich Dollar 875—900 Millionen.

Eine Goldmark = 200 022 619 Papiermark, demnach zehn Millionen Papiermark = 5 Goldpfennige.

* **Produktenmarkt.** Berlin, 8. Oktober. Die amtlich notierten Preise waren pro 50 Kilogramm ab Station. (Preise in Millionen Mark): Weizen, märkischer 1040—1060, schlesischer 1020—1040. Fest. Roggen, märkischer 970—990, schlesischer 970 990. Fest. Sommergerste 950—1025. Fest. Hafer, märkischer 850—875. Behauptet. Weizenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sack 4000—4400. (Feinste Marken über Notiz.) Fest. Roggenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sack 3800—4100. Fest. Weizenkleie frei Berlin 450—475. Stetig. Roggenkleie frei Berlin 450—475. Stetig. Raps 1500—1600. Steigend. Viktoriaerbsen 3000—3300, kleine Speiseerbsen 2250—2750, Futtererbsen 1500, Peluschken 800 bis 1000, Rapskuchen 675—700, Kartoffelflocken 875—900 je 100 Kilo.

Rauhfutter. Bericht der Preisnotierungskommission für Rauhfutter (nichtamtlich). Großhandelspreis pro 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt (in Millionen Mark): drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 56—58, desgl. Haferstroh 52—53, desgl. Gerstenstroh 51—52, Roggenlangstroh 30—32, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 28—30, Häcksel 76—79, handelsübliches Heu 45—50, gutes Heu 52—56.

* **Kartoffelnotierungen in Berlin am 8. Oktober** (amtlich) pro 50 Kilogramm: Erzeugerpreise ab märkischen Vollbahnstationen (in Millionen Mark): Speisekartoffeln, weiße und rote, 150—200.

Berlin, 9. Okt. An der heutigen Börse notierte der Dollar 1 197 000 000.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Gemeinde Halver.

Gemeindeabgaben für 1923.

Der Gemeindevorstand hat beschlossen, entsprechend der vom Staatsministerium festgesetzten Verhältniszahl, an Gemeinde-Abgaben ausschließlich der Hundesteuer zu erheben:

a) für das I. Vierteljahr das 1½ fache,

b) für das II Vierteljahr das 375 fache der auf den in den nächsten Tagen zur Zustellung kommenden Steuerzetteln vermerkt **Vierteljahrsbeträge.**

Die für die Erhöhung der Hundesteuer maßgebende Verhältniszahl wird demnächst besonders bekannt gemacht.

Die darnach fälligen Steuerbeträge für die beiden ersten Quartale sind — **entgegen dem auf den Steuerzetteln vermerkten Termine** — bei Vermeidung der zwangsweisen Beitreibung und eines **Zuschlages von 400 %** für jeden den Termin überschreitenden angefangenen halben Monat bis zum **29. ds. Mts.** zu zahlen.

Halver, den 4 Okt. 23

Der Amtmann.

Visitenkarten liefert schnellstens Druckerei Wilhem Bell jr.

Wilhelm Lemcke
Marie Lemcke
geb. Paulmann
Vermählte
Mesenhohl, den 10. Okt. 1923

Strompreise für den September-Verbrauch

Infolge der Preissteigerung von Kohlen, Frachten und Löhne beträgt der Strompreis für den Verbrauch im Monat September:

bei 40 Pfg. Grundpreis = Mk. 64 000 000 —
„ 37 „ „ = „ 59 000 000.—
„ 34 „ „ = „ 55 000 000.—
„ 32 „ „ = „ 51 000 000 —
„ 30 „ „ = „ 48 000 000 —

Diejenigen Abnehmer, welche die Monatsrechnung nicht sofort beim Vorzeigen an unsere Einkassierer oder innerhalb 5 Tagen an unsere Kassen bezahlen, haben bei weiterer Entwertung der Papiermark entsprechende Mehrzahlung zu leisten.

Bis zum 14 ds. Mts. bei uns eingehend werden zu obigen Beträgen auch wertbeständige Vorauszahlungen von den Abnehmern entgegengenommen, jedoch höchstens für einen voraussichtlichen Stromverbrauch für 2 Monate.

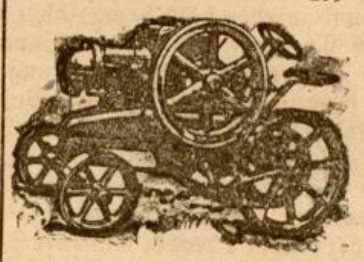
Später eingehende Vorauszahlungen werden zu dem am Tage des Zahlungseinganges gültigen KW. Std.-Preis gutgeschrieben.

Hagen i. W., den 8. Oktober 1923.

Kommunales Elektrizitätswerk „Mark" Akt.-Ges.

Milchversandscheine
liefert schnell und billigst
Wilh. Bell jr., Halver.

Der wahre Wert
eines Seifenpulvers liegt in seiner sachgemäßen Zusammensetzung. — Seifenpulver und Seifenpulver ist ein großer Unterschied! Es liegt auf der Hand, daß minderwertige Erzeugnisse der Wäsche nicht nützlich sind.
Dirin
Henkel's beliebtes Seifenpulver ist ein Seifenpulver von großer Ergiebigkeit u. hervorragender Waschwirkung. Seine Verwendung sichert sorgfältige Behandlung der Wäsche und
billiges Waschen

419

„Bulldog"
der selbstfahrende
Lanz 12 PS Rohöl-Motor
für landw. u. gewerbl. Zwecke, als Antriebs- u. Zugmaschine. Niedrigste Betriebskosten bei Verwendung von billigsten Inlandsbrennstoffen. Keine empfindlichen Teile wie Magnet, Vergaser, Ventile usw. Anspruchslose Wartung. Größte Betriebssicherheit. Man verlange unverb. Angeb. Lieferbar als Selbstfahrer, fahrbar u. ortsfest
Reinh. Schreckenberg, Maschinenhandlung,
Fernsprecher 1629. **Hagen i. W.** Rembergerstraße 52.

Kleingärten.

Für den Bezirk des Amtes Lüdenscheid werden gemäß § 1 der Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung die Höchstpachtpreise für Kleingartenland, das nicht gewerbsmäßig gärtnerisch ausgenutzt wird, wie folgt neu festgesetzt:

a) Gruppe I Hausgärten für 1 Sechzig der Preis für 1 Ztr Kartoffeln.

b) Gruppe II Sonstiges Kleingartenland für 1 Sechzig der Preis für ¾ Zentner Kartoffeln.

Für die Berechnung des Pachtpreises ist der am 15. 10. j. J. an der Berliner Börse notierte Kartoffelpreis maßgebend.

Lüdenscheid, den 4. Oktober 1923.

Der Amtmann.

Kopierbücher zu 500 u. 1000 Seiten sind vorrätig bei W. Bell jr., Halver

Der uns im Auftrag gegebene
Weißkohl
muß heute am Güterbahnhof abgeholt werden.
Gebr. Haase,
Halver.
Telefon 151.

Braves
Mädchen
für alle Hausarbeiten für sofort **nach Lüdenscheid gesucht.**
Meldungen bei
Frau E. Pfingsten,
Halver,
„Haus zur Fuhr".

Pferdeversicherungs-Gesellschaft im Amte Halver.

Am **Samstag, den 13. Oktb.,** abends 6 Uhr, im Gasthof „zur Post"

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Festlegung der Richtlinien für Entschädigungen.
2. Entschädigungsanträge.
3. Aenderung d. Statuten
4. Verschiedenes.

Wegen der Wichtigkeit der vorzunehmenden Beschlüsse ist allseitiges Erscheinen unbedingt erforderlich.

Der Vorstand.